



08.05.2017

Offene Petition an das Europäische Parlament: Die Europäische Zentralbank kann durch operative Ausgestaltung ihrer Mindestreserveinstrumente mitverantwortlich sein für Verstöße gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Mit der Bitte um Stellungnahme und Regulierung, so dass eine indirekte Beteiligung an Verstößen gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union durch die Europäische Zentralbank zukünftig sicher ausgeschlossen wird

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Europäische Zentralbank (EZB) ist mittelbar daran beteiligt, die grundlegendsten Werte der Europäischen Union zu untergraben. Dies geschieht täglich durch den Handel von mit Verstößen gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Verbindung zu bringenden Wertpapieren. Die Auswirkungen dieses Handelns können wegen der großen Transaktionsvolumina der EZB wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union haben.

In der aktuell praktizierten operativen Mindestreservpolitik der EZB sind grundlegendste ethische Aspekte nicht sichtbar oder nicht ausreichend zu erkennen. Zudem existiert für die Berücksichtigung solcher Aspekte keine explizite Ratingverpflichtung. Das ist für eine der wichtigsten Institutionen der europäischen Idee unangemessen und wirkt direkt gegen die politischen Bemühungen um eine menschenwürdige, umweltsensible, nachhaltige und korruptionsfreie Europäische Union.

Um diesen Missstand zu beheben, sollen mittels der öffentlichen Petition und einem im Nachgang in Gang gesetzten politischen Prozess im Europäischen Parlament die EZB und damit alle in der Europäischen Union tätigen Geschäftsbanken explizit dazu verpflichtet werden...

1. ... in ihren mindestreserverelevanten Geschäften die Einhaltung von ethischen Mindestaspekten gemäß der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sicher zu stellen und
2. ... für diese mindestreserverelevanten Geschäfte in Form eines öffentlich verfügbaren Nachhaltigkeitsratings Transparenz zu schaffen.

Für eine Institution der Europäischen Union ist es unwürdig, wenn die Einhaltung der grundlegendsten Werte der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in ihren Geschäften weder überprüft noch formal vorausgesetzt wird, obwohl dies leicht umsetzbar wäre. Es wäre für die EZB auch heute schon sehr einfach möglich, ihre als mindestreservfähig akzeptierten Wertpapiere durch externe Nachhaltigkeitsratings zu bewerten und kontroverse Schuldtitel nicht in den für alle Geschäftsbanken zwingend erforderlichen Mindestreservegeschäften zu akzeptieren.

Um die oben beschriebenen Defizite zu belegen, füge ich eine **Analyse der aktuellen Mindestreservegeschäftspolitik der EZB vom 13.03.2017** bei, die gemäß Artikel 51 („Diese Charta gilt für die Organe und Einrichtungen der Union“) ebenfalls der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zwingend verpflichtet ist.

Exemplarisch betrachtete Aspekte sind hierbei insbesondere:

- EU Grundrechtscharta Art. 32 (1) „**Kinderarbeit** ist verboten.“
- EU Grundrechtscharta Art. 37 „Ein hohes **Umweltschutzniveau** [... muss] nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.“
- **Steuervermeidung** und **Korruption** aufgrund der aktuellen Diskussion im Europäischen Parlament rund um die Erkenntnisse aus den Panama Papers
- **Menschenrechtsverletzungen**

Nach Artikel 19 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank verlangt die EZB, dass Kreditinstitute im Rahmen des Mindestreservesystems des Eurosystems Mindestreserven auf Konten bei den nationalen Zentralbanken unterhalten.¹ Hierfür sind Kreditinstitute verpflichtet, Wertpapiere als Sicherheit zu hinterlegen. In der von der EZB publizierte Übersicht aller als Sicherheiten akzeptierten Wertpapiere² (EZB-Mindestreservefähigkeitsliste) befinden sich Papiere, die mit grundlegenden Werten der Europäischen Union nicht vereinbar sind und die der Charta der Grundrechte der Europäischen Union nicht vollständig gerecht werden.

Die exemplarischen Aspekte Menschenrechtskontroversen (z.B. Kinder- oder Zwangsarbeit), kontroverses Umweltverhalten und kontroverse Wirtschaftspraktiken (z.B. Korruption & fragwürdiger Umgang mit der Steuerpflicht) wurden anhand eines aktuellen Forschungsdatensatzes der unabhängigen Nachhaltigkeitsratingagentur oekom research AG (oekom) geprüft. Sie verwendet als Maßstab dafür, welches Verhalten in diesem Sinne als kontrovers eingestuft wird, eine Operationalisierung, die auf internationalen Konventionen und Richtlinien beruht. Für die Bewertung und Einstufung der Schwere einzelner Sachverhalte bei Unternehmen und Staaten wird hierbei auf die Differenzierung zwischen schwerwiegenden und sehr schwerwiegenden Kontroversen abgestellt.³

Der Abdeckungsgrad der Ratingdaten beträgt rund 88%, so dass 26.110 der 29.552 von der EZB akzeptierten Wertpapiere einer Prüfung unterzogen werden konnten.

Die Prüfung ergab folgende alarmierenden Ergebnisse:

¹ Vgl. <http://www.ecb.europa.eu> und <https://www.bundesbank.de>

² Siehe jeweils tagesaktuell <http://www.ecb.europa.eu/mopo/assets/assets/html/index.en.html>. Im vorliegenden Fall wurde der Datensatz vom 13.03.2017 verwendet.

³ Siehe <http://oekom-research.com/index.php?content=kriterien> für das verwendete Kriterienraster sowie <http://oekom-research.com/index.php?content=country-kriterien> für das verwendete Länderkriterienraster..

Art der Kontroversen:

Wertpapieranzahl in der EZB-Mindestreservefähigkeitsliste:

Schwerwiegende Kontroversen im Geschäftsgebaren bezüglich...

• Steuerzahlungen	4.751
• Geldverkehr	2.023
• Korruption	247
• Umweltzerstörung	181
• Menschenrechtsverletzungen	70
• Produktion geächteter Waffen ¹	10

Schwerwiegende Kontroversen im Geschäftsgebaren von Zulieferern/Finanziers bezüglich...

• Menschenrechtsverletzungen	8
• Kinderarbeit, Zwangsarbeit	7

Exemplarische Beispiele für gefundene Kontroversen im Rahmen der EZB-Mindestreservefähigkeitsliste:

Eine Beteiligung an der **Produktion geächteter Waffen** wird der Airbus Group unterstellt, zu der die Airbus Group Finance als von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent gehört: „The company is involved in the production of nuclear weapons, which have been restricted by the Nuclear Non-Proliferation Treaty. The United Nations regards the way in which these weapons systems operate as inhumane. The deployment of banned weapons can undermine fundamental human rights such as 'the right to life, liberty and security of person', Art. 3, United Nations Universal Declaration of Human Rights. Nuclear weapons are considered as particularly controversial because of their indiscriminate effects on civilians and the disproportionate harm they cause.”²

Umweltzerstörung ist für die Eni SpA eine Kontroverse, die ein von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent ist: “Environmental impacts of the product portfolio: The company's products and/or services are generally not compatible with the achievement of sustainable development goals. Comment: The company is mainly active in the production and/or refining of crude oil. It also has some minor business activities in the field of products and/or services with clear environmental benefits (e.g. biofuels, renewable energies). However, these positive impacts are outweighed by the negative environmental impacts from the company's core business activities.”³ Ebenso wird Royal Dutch Shell PLC, zu der die Shell International Finance BV als von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent gehört, Umweltkontroversen unterstellt: “Continual major pollution due to flaring, spills and leaks in Nigeria.”⁴

¹ Produzenten von nach dem Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes geächteter Waffensysteme (z.B. ABC-Waffen)

² oekom Corporate Rating Airbus Group SE, Langversion vom 31.03.2017, S. 12

³ oekom Corporate Rating Eni SpA, Langversion vom 22.03.2017, S. 29

⁴ oekom Corporate Rating Royal Dutch Shell PLC, Langversion vom 22.03.2017, S. 3

Verstöße im Geldverkehr bei Wells Fargo & Co als ein von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent werden öffentlich diskutiert: “Business Malpractice: 2017: USD 295m in settlements related to unauthorised opening of accounts, US.”¹, “According to the US Consumer Financial Protection Bureau (CFPB) in September 2016, Wells Fargo will pay USD 185 million to settle accusations that between 2011 and 2016 its employees attempted to meet high sales targets set by the company as well as to earn additional compensation by unlawfully opening around 1.5 million unauthorised accounts for customers without their knowledge.”²

Anheuser-Busch InBev SA/NV als ein von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent wurde im Zusammenhang mit Vorwürfen zu **Korruption** öffentlich bekannt: „2016: USD 6m settlement with US Securities and Exchange Commission for corruption charges in India.”³ Ebenso JPMorgan Chase & Co als ein von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent: “In November 2016, JPMorgan Chase reached a settlement with the Securities and Exchange Commission (SEC) and the Department of Justice (DoJ) to resolve the allegations of hiring relatives and friends of Chinese officials in exchange for profitable business deals, thereby violating the Foreign Corrupt Practices Act.”⁴

Hinweise zu möglicher Beteiligung an **Menschenrechtsverletzungen** finden sich über LafargeHolcim Ltd mit der die Holcim Finance (Luxembg) S.A. als von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent verbunden ist: “Media reported in June 2016 that Lafarge (before the merger with Holcim in 2015 to have become LafargeHolcim) made payment deals with the terrorist group Islamic State (IS) in 2013 through till September 2014. As reported, Lafarge was accused of purchasing licenses from and paying taxes to the jihadist group through IS middlemen and oil traders to continue production at its Jalabiya cement factory in 2013, when ISIS started taking control over the city. Allegedly, the headquarter was aware of such arrangements. The company did not comment on the allegations, saying only that safety and security of its employees is its priority.”⁵ Kontroversen zu möglichen Menschenrechtsverletzungen werden über die International Finance Corporation als von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent diskutiert: “2013: Major human rights violations related to palm oil producer Corporacion Dinant in Honduras.”⁶ Ebenso bei Ferrovial SA mit der die Ferrovial Emisiones, S.A. als von der EZB akzeptierter Wertpapieremittent verbunden ist: “In May 2016, Ferrovial took over the Australian company Broadspectrum (previously called Transfield Services). Broadspectrum has been the lead contractor managing Australia's offshore detention centres for asylum seekers in Nauru since September 2012 and Papua New Guinea since February 2014. In June 2016, the camps hosted 442 and 854 people, respectively. The Australian government's policy of keeping refugees in foreign detention centres and the conditions in the camps have been widely and repeatedly criticised by the international

¹ oekom Corporate Rating Wells Fargo & Co, Langversion vom 10.04.2017, S. 3

² oekom Corporate Rating Wells Fargo & Co, Langversion vom 10.04.2017, S. 20

³ oekom Corporate Rating Anheuser-Busch InBev SA/NV, Langversion vom 2.03.2017, S. 3 und 27

⁴ oekom Corporate Rating JPMorgan Chase & Co, Langversion vom 20.03.2017, S. 25

⁵ oekom Corporate Rating LafargeHolcim Ltd, Langversion vom 13.03.2017, S. 15

⁶ oekom Corporate Rating International Finance Corporation, Langversion vom 13.03.2017, S. 3

community, including several bodies of the United Nations, the Australian Human Rights Commission and several NGOs. Additionally, in April 2016, Papua New Guinea's supreme court ruled that the centre in the country was unlawful and the country's government said it would shut it. In August 2016, 'The Nauru Files', a report published by the Guardian based on more than 2,000 leaked incidence reports from the camps, again shed light on numerous allegations regarding assaults, sexual abuse, self-harm attempts and bad living conditions. More than half of the reports involved children. Previously, allegations of misconduct had also been raised against some staff members of the service providers in the camp. Before the take-over, Ferrovial had indicated that the services in the detention centres were not a core part of the acquisition rationale and that it would not renew the contracts after they expire in February 2017. In response to the Nauru Files, Broadspectrum stated that it would take all allegations extremely seriously and that it had appropriately dealt with the allegations in accordance with the reporting system it has in place.”¹

Insgesamt sind in der EZB-Mindestreservefähigkeitsliste auf Basis des Forschungsdatensatzes der oekom eine Vielzahl von fragwürdigen Wertpapieren zu finden (siehe Anlage).

Die Ergebnisse belegen, dass eine systematische Überprüfung der EZB-Mindestreservefähigkeitsliste auf ethische Aspekte hin angezeigt ist und die **EZB zukünftig regulatorisch verpflichtet werden muss, nur noch Wertpapiere zur Mindestreserve zu akzeptieren, die den ethischen Mindeststandards der Charta der Grundrechte der Europäischen Union nachweislich nicht widersprechen.**

Mit den besten Grüßen,

Harald J. Bolsinger

Verteiler:
Europäisches Parlament (Petitionsausschuss)
Politische Parteien im Europäischen Parlament
Presse

¹ oekom Corporate Rating Ferrovial SA, Langversion vom 16.12.2016, S. 15

Ausgewählte Nachhaltigkeitsaspekte der von der EZB am 13.03.2017 zu Mindestreserve Zwecken akzeptierten Wertpapiere

Eine Untersuchung des Würzburger Wirtschaftsethikers Harald J. Bolsinger. Datenstand: oekom 30.3.2017, EZB 13.03.2017. Eine Anforderung des Forschungsdatensatzes seitens der Politik, um die Analyse kleinteilig nachprüfen zu können, ist direkt bei der oekom research AG möglich.

	Controversial Activities									
	Business Malpractice - Company: Taxes	Business Malpractice - Company: Corruption	Business Malpractice - Company: Money transfers	Controversial Environmental Practices - Company	Human Rights	Human Rights Controversies - Company	Human Rights Controversies - Financiers	Labour Rights Controversies - Supplier: Child labour	Labour Rights Controversies - Supplier: Forced labour	Military - Producer: weapons (systems) - banned
	Financials/Commercial Banks & Capital Markets	3.033	39	2.020						
	Financials/Public & Regional Banks	1.693								
	Oil, Gas & Consumable Fuels		48		106		29			
	Food & Beverages		75					7	7	
	Utilities		38		31		31			
	Automobile				32					
	Transport & Logistics/Rail		28							
	Tobacco	22								
	Pharmaceuticals & Biotechnology		15							
	Aerospace & Defence									8
	Construction Materials				8		8			
	Financials/Development Banks							8		
	Machinery		4							
	Insurance	3		3						
	Metals & Mining				3					
	Commercial Services & Supplies									2
	Construction						2			
	Oil & Gas Equipment/Services				1					
Industry	TOTAL	4.751	247	2.023	181		70	8	7	7
	DE	2.462	28	576	32					
	FR	1.582	4	466	14					3
	IT	397	61	361	28					
	GB	106	31	242	41		20			2
	SE			202						
	US		39	109				8		
	ES	91	2		40		42			
	CH	90	4	66	8		8		7	7
	BE		75							
	CA	23								
	NO				17					
	NL									5
	HU					4				
	LV		3							
	CW				1					
	JP			1						
Country	TOTAL	4.751	247	2.023	181	4	70	8	7	7
	Listed corporate	2.503	216	2.023	181		70		7	7
	Non-listed corporate	2.248	31					8		
Issuer Category	Sovereign					4				
	TOTAL	4.751	247	2.023	181	4	70	8	7	7